

"Linker Aufbruch": Für ein besseres Verständnis zwischen Mitgliedern und Unterstützern aller Parteien links von CDU und CSU und politische Maßnahmen zur Bildung einer Rot-Rot-Grünen Regierungskoalition zur Bundestagswahl 2021

- Ein Konzept -

0. Anlass und Motivation für die Gründung

"Linker Aufbruch" ist eine Community auf Facebook, die sich mit der Kommunikation von Mitgliedern und Unterstützern linker Parteien beschäftigt. Die Positionsbestimmung "links" ist dabei nicht einseitig im Kontext der Partei "Die Linke" zu sehen, sondern bedeutet, dass "links" die Anerkennung aller Menschen der Welt als gleich bzw. gleichwertig beschreibt. Für den Gründer ergab sich der Anlass aus den politischen und sozialen Zuspitzungen der vergangenen Jahre in Deutschland und Europa. Trotz vielfältiger Beteuerungen der in der vergangenen Legislaturperiode regierenden "Großen Koalition" sowie der Medien aller Couleur hat sich die Wirtschaftskraft Deutschlands zwar erhöht, Nutznießer war allerdings eine verschwindend kleine Minderheit. Selbst die Einführung eines Mindestlohnes hat nicht zu einer durchgreifenden Verbesserung des Lebensstandards geführt. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen hat sich nicht verringert, das zu diesem Zweck verabschiedete Programm des Arbeitsministeriums der Frau Nahles war völlig wirkungslos. Die Anzahl bezahlbarer Wohnungen ist in Stadt und Land zurück gegangen, ein wirksames Bauprogramm für Sozialwohnungen gibt es nicht und ständig ansteigende Mietpreise schränken die finanziellen Möglichkeiten von Unter- und Mittelschicht immer mehr ein. Die Armutsquote, das Niedriglohnrisiko, die Anzahl der geringfügig Beschäftigten, die Anzahl der Leiharbeiter und der Menschen mit Grundsicherung sind allesamt gestiegen. In den meisten Landgemeinden wird das Leben immer unattraktiver, weil es nur noch unzumutbar wenige Verkehrsanbindungen gibt, die meisten Einzelhändler mittlerweile ihr Geschäft geschlossen haben. Die Kinder - und nicht nur die großen, sondern auch die ganz kleinen - werden über viele Kilometer in größtenteils marode Zentralschulen und Kindergärten¹ gekarrt, und das in völlig überfüllten Bussen. Die Schulbildung überhaupt ist in einem jammervollen Zustand. Von "Bildung" an sich kann eigentlich gar keine Rede mehr sein, bestenfalls von Qualifizierung im Sinne der Verwertung des "Humankapitals". Wenn es z.B. in Baden-Württemberg Lehrern und Eltern gleichermaßen untersagt wird, die Schreibleistungen der Erst- bis Viertklässler zu korrigieren und man dann in der fünften Klasse entsetzt feststellt, dass die meisten Kinder weder richtig lesen, noch

1) Im gesamten Dokument verwende ich den von Friedrich Fröbel kreierten Begriff „Kindergarten“, denn er steht für Fürsorglichkeit, liebevolle Betreuung und Bildung, während „Kindertagesstätte“ eher auf Unterbringung oder Aufbewahrung passt. Angesichts der Tatsache, dass in 40 Ländern der Erde das deutsche Wort „Kindergarten“ als Lehnwort integriert wurde, ist „Kindertagesstätte“ im Mutterland fürsorglicher Kinderbetreuung ausgesprochen peinlich.

schreiben können, dann beschreibt das den Zustand eines "entwickelten" Industrielandes 200 Jahre nach Schiller, Goethe, Wieland, Storm, Möricke u.v.a.m. Wenn in eine großen Anzahl der Schulen beinahe ein Viertel der Unterrichtsstunden wegen Lehrermangels ausfällt, dann bewirkt das ein Übriges. So ist es wohl auch kein Wunder, dass Handwerksbetriebe ihre Lehrstellen wegen fehlender oder Nichteignung der Bewerber nicht besetzen können. Wozu sollen unsere Schulabgänger dann noch tauglich sein, als angelernte Hilfsarbeiter oder als Kanonenfutter in der großen Anzahl bekannter oder geheimer Kriegseinsätze der Bundeswehr? Was bitte mutet die Politik unseren jungen Menschen noch alles zu, außer, dass Ausbildungsunterbrecher als Loser verunglimpft werden?

Ein sehr großes Dilemma stellt das Abhängen ganzer Landstriche Deutschlands dar. Davon sind vor allem Gebiete in den neuen Bundesländern, zunehmend aber auch in den alten Bundesländern betroffen. Die vernachlässigten Landstriche kranken vor allem an der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Fachkräfte in Richtung prosperierender Ballungsgebiete, an Überalterung der Bevölkerung, äußerst mangelhaften Investitionen in alle Infrastrukturbereiche, Ärztemangel, Lehrer- und Erziehermangel und drastischem Rückgang lukrativer Arbeitsplätze. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung in diesen Gebieten wächst, und so kann die zunehmende Hinwendung zu rechtsradikalen Parteien niemanden verwundern, d.h., auch die Demokratie bleibt auf der Strecke. In den Regierungsprogrammen früherer wie auch der aktuellen Bundesregierung sind keinerlei Anstrengungen zur Behebung dieses Mangels vorgesehen. Eine zukunftsorientierte Strukturpolitik findet in der Bundesrepublik Deutschland im Grunde genommen nicht statt. Beim Thema Politik und Demokratie sieht es nicht weniger dramatisch aus. Nichtstaatliche Organisationen (NGO) unseres Landes wie "Lobbycontrol", "abgeordnetenwatch", "campact", "change.org" und "mehrdemokratie" kämpfen seit vielen Jahren im Interesse und im erklärten Auftrag eines Großteiles unserer Bevölkerung um mehr Demokratie, wobei es einerseits um schrittweise Einführung direkter Demokratie, mehr Bürgernähe der staatlichen Verwaltungen und Amtsträger, andererseits um ein verbindliches Lobbyregister für alle Parlamente bis hin zum Bundestag und zum Europäischen Parlament geht. Vergessen wir dabei auch nicht das Verbot geheimer Abstimmungen und die direkte Beteiligung von Lobbyisten und PR-Agenturen an Gesetzestexten. Unter massiver Kritik stehen auch Wissenschaftler, die statt wissenschaftlicher Forschungsarbeit und Lehre extensiv die Erstellung von Gefälligkeitsgutachten für Lobbygruppen betreiben. Die bestehenden Organisationsformen des Lobbyismus schaden in sehr vielfältiger Weise unserer ganzen Gesellschaft, so z.B. dem Sozialwesen, der Bildung vom Kindergarten bis zur Universität, dem Klimaschutz, dem Naturschutz, der Gesundheit unserer Menschen, der Energiewende und im erheblichen Maße auch dem technologischen Fortschritt. Für letzteres ist ein typisches Beispiel das dramatische Zurückbleiben des Internetausbaues in Deutschland und damit im Zusammenhang auch der schleppende Ausbau der Internetdienstleistungen des Staates. In den vergangenen Jahren manifestierten sich in den Medien Propaganda und Sprachregelungen anstelle eines neutralen Journalismus, bis hin zu neuen Formen von Zensur. Diese Entwicklung nutzten Pegida und AfD für ihre faschistoiden Parolen von der "Lügenpresse", ein Effekt, der sich nur mit großen Anstrengungen, vor allem durch deutlich mehr Transparenz, rückgängig machen lässt.

Zur Bilanz deutscher Regierungen in den vergangenen Jahrzehnten gehört auch der Aufstieg Deutschlands in die Riege der fünf größten Waffenexporteure in der Welt. Die Anzahl der Kriegsherde in der Welt ist in dieser Zeit dramatisch angestiegen. Städte, Infrastruktur und Ländereien werden verwüstet, Krankenhäuser zerbombt und unschuldige Menschen vom Baby bis zu Senioren grausam umgebracht. Häufig beschießen sich die Kontrahenten gegenseitig mit Waffen von ein- und demselben Hersteller, eben auch aus Deutschland. Die deutsche Regierung übt bei der Genehmigung der Waffenexporte keine ausreichende Kontrolle aus, sodass deutsche Waffen problemlos den Weg in Krisengebiete finden.

Das alles und noch viel mehr Probleme sind die Schandbilanz der Großen Koalition, zuzüglich einer sträflich nachlässigen Haltung gegenüber Rechtspopulisten und Rechtsradikalen wie NPD, Pegida und AfD. Diese wiederum bringen die seit langem herangewachsenen Disproportionen mit

der Aufnahme von Flüchtlingen in Zusammenhang, erhalten dafür vom rechten Flügel der FDP, CDU und der CSU eher Zuspruch.

In der Wahlkampfperiode zur Bundestagswahl 2017 beschäftigte mich sehr oft die Frage "Was tun, um Änderungen zumindest einzuleiten?"

Ich gehöre zu den Menschen in Deutschland, die die beschriebene verhängnisvolle Entwicklung nicht länger erdulden wollen. Anders ausgedrückt, ich will einen deutlichen, durchgreifenden Politikwechsel in Deutschland und dafür in meinen verbleibenden Lebensjahren das Mögliche tun. Als parteiloser Unterstützer der Partei "Die Linke" habe ich deshalb auf meinem Facebook-Account vor der Bundestagswahl am 24.9.2017 mehr als 30 Posts geschrieben, die inhaltlich sich sowohl auf die dringende Lösung gesellschaftlicher Probleme bezogen und jeweils mit "Ich wähle Die Linke, weil ..." begannen, immer mit Bezug auf das Parteiprogramm der Linken. denn dieses Parteiprogramm ist in seinen Zielstellungen das umfangreichste und präziseste aller zur Wahl angetretenen Parteien. Für mich ist das zugleich ein Hinweis auf ernsthaften Strebens nach Regierungsbeteiligung. Innerhalb kürzester Frist erhielt ich eine große Anzahl Freundschaftsanfragen und auch 100% zustimmende Kommentare.

Obwohl die Resultate der Bundestagswahl schon Wochen vorher zumindest der Tendenz nach voraussehbar waren, der Schock nach der Stimmenauszählung traf mich persönlich wie viele in meiner Umgebung schwer. Das betraf besonders die Stimmeneinbrüche von SPD, Grünen und Linken in den neuen Bundesländern, die vor allem der rechtsextremen AfD zugute kamen. Mit sehr vielen meiner Bekannten bin ich einer Meinung, dieser Prozess muss umgekehrt werden. Neuen demokratischen Ideen muss der Weg wieder frei gemacht werden. Rechtspopulisten sollen dahin zurückgedrängt werden, wo sie hin gehören, auf den Müllhaufen der Geschichte. Aus diesen Gründen schrieb ich Tage später nach der Wahl den Artikel "Die Linke muss aktiver werden", der nicht nur unter meinen Facebook-Freunden, sondern auch im Stadtverband Suhl und im Thüringer Landesverband der Linken positive Beachtung fand. Damit und aus der positiven Entwicklung, die das Land Thüringen durch das Wirken der Rot-Rot-Grünen Regierung genommen hat, reifte bei mir der Entschluss, die Community "Linker Aufbruch" ins Leben zu rufen.

Das Ziel ist, die Position der Parteien und nichtstaatlichen Organisationen links von CDU und CSU zu stärken, ihren Einfluss auf die Politik zu erhöhen und so in absehbarer Zeit eine deutliche rot-rot-grüne Mehrheit im deutschen Bundestag und damit einen durchgreifenden und nachhaltigen Politikwechsel für Deutschland zu ermöglichen. Sozialabbau, zunehmende Einschränkungen der Demokratie, zunehmende Vergiftung der öffentlichen Meinung und viele andere Auswüchse monopolkapitalistisch beeinflusster und rechtspopulistischer Politik müssen baldmöglichst ein Ende haben.

1. Rot-Rot-Grün ist tot?

„Rot-Rot-Grün ist tot!“ tönt es seit Mitte des Jahres 2017, also unmittelbar mit Beginn des Wahlkampfes zur Bundestagswahl, und diese Stimmen wollen seither auch nicht verstummen. Was verbirgt sich dahinter? Wo liegen Ursachen für den seit geraumer Zeit festzustellenden Rückgang des öffentlichen Rückhaltes linker Parteien? Es sollte uns wichtig sein, diesen Fragen tiefgründig nachzugehen, nämlich, um wirksame Maßnahmen zur Stärkung linker Parteien und ihres Zusammenhaltes einzuleiten. Interessant ist es in diesem Zusammenhang zu ergründen, wer welche Motive hat, die Parole „Rot-Rot-Grün ist tot“ immer wieder in die Medien zu lancieren. Wem nützt so etwas?

Rufen wir uns gewisse Tatsachen ins Gedächtnis:

- ★ Rot-Rot-Grün hat mit einer sehr starken politischen Gegnerschaft zu kämpfen. Im gegenwärtigen Bundestag stehen sich unbeschadet der regierenden Koalition gegenüber: 4 Parteien bürgerlicher Prägung (inklusive der rechtspopulistischen AfD) mit insgesamt 660223 Mitgliedern und 418 Sitzen gegen 3 Parteien mit mehr oder weniger links typischen Programmen und 569282 Parteimitgliedern und 289 Parlamentssitzen. Angesichts solcher Machtverhältnisse ist es natürlich, dass sich Regierung, Ministerien und nachgeordnete Institute bei der Ausarbeitung neuer Gesetze an den Interessen bürgerlicher Parteienklientel orientieren. Dabei hat es die Opposition außerordentlich schwer, soziale Maßnahmen für die nichts oder wenig besitzende Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen.
- ★ Überall, wo Macht ausgeübt wird, gibt es auch Lobbyismus, und zwar schon seit dem Altertum bis heute und unabhängig von der Gesellschaftsform. Unter den Bedingungen der Repräsentativen Parlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik Deutschland hat der Lobbyismus besonders krasse Formen angenommen. Auf die insgesamt 707 Mitglieder des Bundestages kommen deutlich mehr als 6000 Lobbyisten. Also kommen auf jeden Abgeordneten rund 10 Lobbyisten, die empfangen und angehört werden wollen, aber auch an Sitzungen teilnehmen und sogar in den Büros direkt an Gesetzen und Vorordnungen mit schreiben. Teilweise werden auch komplette Gesetzestexte von den Lobbyverbänden der Konzerne, Banken und PR-Agenturen vorgegeben und auch übernommen. Parallel zu der direkten Arbeit der Lobbyisten im Parlament vollzieht sich ein öffentlicher Lobbyismus über die Medien, wobei mit zum Teil gefälschten Angaben und angeblich wissenschaftlichen „Beweisen“ die öffentliche Meinung im Sinne der Auftraggeber manipuliert werden soll. Diese Veröffentlichungen wären nicht komplett, enthielten sie nicht gleichzeitig ehrenrührige Aussagen über die Menschen, Parteien und Organisationen, welche gegen die schädlichen Auswirkungen der Lobbytätigkeiten aufbegehren, Aufklärungsarbeit betreiben und wie aktuell Transparenz fordern und dafür vor dem Oberverwaltungsgericht klagen. In der Schusslinie stehen vor allem „abgeordnetenwatch“, „LobbyControl“, die Partei „Die Linke“ und „Bündnis 90 - Die Grünen“. Völlig unverständlich ist die gewaltige Diskrepanz zwischen der Anzahl der Wirtschaftslobbyisten zu der sehr geringen Anzahl der Lobbyisten der Sozialverbände. Damit sind seit Jahren politische Abwägungsprozesse auf Parlamentsebene völlig aus dem Ruder gelaufen. Die Politik wird einzig und allein durch Wirtschaftsinteressen bestimmt.
- ★ In engem Zusammenhang mit dem überproportionalen Wirtschaftslobbyismus stehen Großspenden an Parteien. Diese haben zwei Funktionen, nämlich den „Dank“ für das Entgegenkommen der jeweiligen Parlamentsfraktion bei der wirtschaftsfreundlichen Gesetzesgestaltung und andererseits als Hilfe für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei und als Wahlhilfe. Die beschenkte Partei versetzt man damit in die Lage, allein durch dominierende Präsenz im Wahlkampf Stimmengleichheiten auf sich zu ziehen. Dabei gibt man sich nicht einmal die Mühe, den Wählern mit der Wahlwerbung konkrete Ziele bekannt zu geben, geschweige denn zündende Ideen zu veröffentlichen. Das ist die Methode der Unionsparteien, Wahllügen zu umgehen. Zwischen den Wahlen werden ohnehin permanent dicke Lügen in die Welt gesetzt, um die Bürger zu täuschen und zu manipulieren. Dazu zwei Beispiele: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann geht es auch den Menschen gut“ und „Sozial ist, was Arbeit schafft“.
- ★ Welche Rolle spielen die Medien im politischen Konzert? Gibt es bei unseren Medien so etwas wie Unabhängigkeit oder Neutralität? Spiegeln die Medien die Ereignisse in der Gesellschaft und weltweit wahrheitsgetreu wider? Wer bestimmt, was von den vielen Meldungen und Reportagen von Nachrichtenagenturen oder eigenen Korrespondenten bei den Medien tagtäglich einläuft, gesendet oder gedruckt wird? Im Idealfall würden alle diese Fragen positiv beantwortet werden, aber diesen Idealfall gibt es nicht. Wie in allen Berufen gibt es auch im Journalismus sehr unterschiedliche Charaktere. Von den positiven möchte ich stellvertretend drei nennen, die in ihrer Lebenszeit vorbildliche journalistische Arbeit leisteten: Egon Erwin Kisch, Peter Scholl-Latour und Klaus Bednarz. Das extreme

Gegenteil dazu gibt es natürlich auch, und man nennt sie Lügner, Schleimer und Maulhuren. Diese Kategorien sind leider im Wachstum begriffen, weil die herrschende Politik und die mit ihr im Kontext stehenden Lobbyisten jegliche Kritik an den herrschenden Zuständen mit allen Mitteln unterdrücken. Wer es als Journalist trotzdem wagt, den Finger auf die Wunde zu legen und Fehlverhalten von Politikern und Managern öffentlich macht, hat mit erheblichem Druck von Intendanten, Redakteuren usw. zu rechnen. Ich ziehe den Hut vor allen, die sich in solchen Situationen nicht beugen, sondern standhaft bleiben. Ein anderes Thema sind die manipulativen Sprachregelungen, also kurze Phrasen oder Einzelbegriffe, die geeignet sind, Menschen, Gruppen, Parteien, Staaten, Staatengruppen zu diskriminieren, zu stigmatisieren oder in anderen Fällen als besonders positiv darzustellen.

Sprachregelungen sind dadurch erkennbar, dass sie nach besonderen Meldungen urplötzlich in allen Medien deckungsgleich auftauchen und innerhalb der Meldungen und Kommentare auffällig häufig wiederholt werden. So werden missliebige Staaten zu „Schurkenstaaten“, randalierende Anarchisten nennt man „Linksextremisten“, Die Linke wurde noch Jahre nach der Vereinigung mit der WASG prinzipiell mit dem Attribut „SED-Nachfolgepartei“ genannt, was zwar sachlich stimmt, aber ständig wiederholt wurde, um das weit verbreitete Stigma zu zementieren. Eine große Rolle im Manipulationsapparat öffentlich-rechtlicher Fernsehsender spielen politische Talkshows. Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass solche Shows etwas mit fairem Meinungsstreit zu tun hätten, die dem Zuschauer politische Zusammenhänge klar vor Augen führten. Tatsächlich sind die politischen Talkshow eher tendenziöser Natur. Redaktion und Regie legen Ziele und den Ablauf fest, ebenso, welche Personen als Publikum eingeladen werden. Die Gesprächsrunde setzt sich aus meist konservativen Meinungsträgern und aus ein bis zwei Gegenspielern zusammen. Das Diskussionsziel besteht darin, die Gegenspieler vorzuführen und die vorbestimmte Meinung als Sieger zu präsentieren, und das gelingt immer. Der Zuschauer wird letztlich nur an der Nase herumgeführt.

- ★ Wagen wir eine Prognose, so unsicher eine solche auch sein mag, zu sogenannten „Sonntagsfrage“. Fast jeder wahlberechtigte Bürger ist wohl schon ein- oder mehrmals per Telefon nach seiner wahrscheinlichen Wahlentscheidung befragt worden, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre. Insgesamt sechs Institute bewerben sich regelmäßig um unsere Meinung. Nun gehen wir von der Möglichkeit aus, dass SPD, Grüne und Linke der Notwendigkeit eines Politikwechsels folgen und dafür eine R2G-Koalition auf Regierungsebene anstreben. Leider muss man befürchten, dass die Unionsparteien im Interesse der eigenen Macht eine Kollaboration mit der AfD nicht mehr ausschließen und auch die FDP stets gegen R2G agieren wird. Somit benötigt Rot-Rot-Grün mindestens 51% Stimmen für eine komfortable Parlamentsmehrheit. Das entspräche, ausgehend vom Durchschnitt gegenwärtiger Prognosen, etwa folgender Konstellation: SPD 23,1%, Grüne 15,2 % und Linke 13,3%. Die Koalition hätte damit 51,5% und damit die Mehrheit. Andere Konstellationen in diesen Verhältnissen sind denkbar, und jede der Parteien trägt ja die eigene Verantwortung für ihre eigene Entwicklung. Für eine solche Entwicklung gibt es allerdings eine Reihe wichtiger Voraussetzungen, über die an späterer Stelle noch ausführlich zu sprechen ist.
- ★ Vertrauen der Wähler ist der allerwichtigste Faktor für den Wahlerfolg einer Partei. Wirkliches Vertrauen entsteht ausschließlich durch die konsequente Übereinstimmung von Wort und Tat, also wohlausgewogene Wahlversprechen auf der Grundlage tragfähiger Parteiprogramme und der mit Herz und Verstand geführte Kampf um ihre Durchsetzung. Positionsgerangel, Sektierertum, Intoleranz und Richtungsstreitigkeiten schaden einer Partei ebenso, wie fehlende Transparenz. Die Wähler müssen genau wissen, was sie von einer Partei erwarten können. Andernfalls wenden sie sich ab. Nur durch einen massiven Zugewinn an Vertrauen wird es SPD, Grünen und Linken gelingen, sich von derzeit ca. 40% auf 51% und mehr aufzuschwingen. Das bedeutet immense Anstrengungen, ist aber machbar!

- ★ Sprechen wir über das Wahlverhalten der Bürger. Darüber wurden ganz sicher schon kilometerweise Aktenordner mit Analysen vollgeschrieben. Zur Bundestagswahl am 24.9.2017 waren es 23,8% und damit 4,9% weniger als 2013. also hat etwa jeder vierte Wähler auf sein verfassungsmäßiges Recht verzichtet, über die Zusammensetzung unserer obersten Volksvertretung, des Bundestages mit zu entscheiden. Darunter gibt es einen Anteil der die Teilnahme an Wahlen grundsätzlich ablehnt. Die übrigen stellen ein gewisses Potential dar, um durch intensive Bürgergespräche einen Stimmenzuwachs für R2G zu generieren. Daneben gibt es immer wieder einen ungewissen Anteil von Protestwählern, der in jeder Wahl für Überraschungen sorgen kann. Hier gilt das Prinzip, je besser das Wahlprogramm und je höher die Qualität der Wahlwerbung, je häufiger und erfolgreicher die Bürgerversammlungen, desto stärker und stabiler ist der Wählerstamm und um so geringer die Abwanderung von Protestwählern. Am wirksamsten ist die Erfahrung, was diese Partei verspricht, das hält sie auch. Das größte Potential für mehr Stimmen liegt in der Rückgewinnung abgewanderter Wähler und der Überzeugung von Wählern bürgerlicher Parteien. Dass die Unionsparteien bei der vergangenen Bundestagswahl 8,5% verloren, liegt nicht nur an Untätigkeit und versäumten Entscheidungen, sondern auch an oberflächlicher Wahlwerbung, den unterlassenen Zielangaben. Profitiert haben davon hauptsächlich AfD und FDP. Wähler suchen bekanntlich nach Ankerpunkten, die sich über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ziehen: Existenzsicherung, Einkommen, Wohnen, Ernährungsqualität, Gesundheit, Bildung im weitesten Sinne, Umwelt, Kultur, Frieden, Sicherheit, Kultur des Zusammenlebens, Solidarität, Teilhabe, demokratische Mitwirkung u.v.a.m. Die linken Parteien haben in ihren Programmen das breiteste Spektrum derartiger Ziele, ein Potential, dem im Wahlkampf eine dominierende Rolle zukommen muss.
- ★ Am 8.Mai 1945 wurde in Berlin die bedingungslose Kapitulation Nazideutschlands besiegelt. Viele Menschen glaubten damals, die braune Pest ein für allemal los zu sein. Der Schwur „Niemals wieder Faschismus – niemals wieder Krieg“ war allgegenwärtig zu hören, ein hoffnungsvolles Zeichen! Das war jedenfalls der sehnlichste Wunsch der Menschen, die unter der Nazidiktatur und dem verheerenden 2. Weltkrieg unermessliches Leid erfahren mussten, und sie waren die Mehrheit der Menschen in Deutschland. Wie aber sieht die Situation heute, nach mehr als 70 Jahren aus? Für die demokratisch gesinnten Menschen in Deutschland bietet sich ein erschreckendes Bild. Es gibt in Deutschland acht rechtspopulistische und neonazistische Parteien, die wichtigsten unter ihnen sind die offen neonazistische NPD und die rechtspopulistische AfD, wobei ehemalige NPD - Mitglieder zunehmend in die AfD hinein driften. Daneben existiert eine ungeheure Anzahl rechtsgerichteter Organisationen wie Wehrsportgruppen, Heimatbünde, rechte Burschenschaften, Reichsbürger u.v.a.m. Unter dem Deckmantel von Meinungsfreiheit nehmen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, offene Angriffe auf Demokratie, rechtspopulistische Hetze in Reden, Schriften gegen Menschenrechte, Bürgerrechte, Frauenrechte, Religionsfreiheit in dramatischer Weise zu, desgleichen auch offener Rassismus, rechtsradikale und neofaschistische Gewalttaten, gehortete Kriegswaffen, paramilitärische Übungen. Wie konnte es eigentlich so weit kommen? Es begann unmittelbar nach Kriegsende durch die Aktivierung nazistischer Funktionsträger in Staat und Wirtschaft, Geheimdiensten und setzte sich fort in Kundgebungen der Vertriebenenverbände mit revanchistischen Reden gegen östliche Nachbarstaaten Deutschlands, Gebietsforderungen, Traditionsveranstaltungen ehemaliger SS-Verbände. Diesbezügliche Entscheidungen trafen zunächst führende Kommandostellen der Alliierten USA, Großbritannien und Frankreich sowie nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch die Eliten bürgerlicher Parteien und die deutsche Bundesregierung. Es folgte die Berufung ehemaliger Nazi-Spione in den Gehlen - Geheimdienst, Ausstellung sogenannter Persilscheine an Nazi-Beamte und Wehrwirtschaftsführer und deren Installation in staatlichen Dienststellen, Rehabilitation faschistisch gesinnter Lehrer mit der Folge, dass in vielen Klassenzimmern weiterhin der Ungeist des Übermenschentums und des

Fremdenhasses fortbestand. Es ist einfach nicht mehr hinnehmbar, dass von Landräten und Oberbürgermeistern ausgesprochene Verbote gegen neofaschistische Aufmärsche, Kundgebungen oder Rock – Veranstaltungen, bei denen auch immer faschistische Parolen skandiert und nazistische Symbole gezeigt werden, reihenweise von Verwaltungsgerichten aufgehoben werden. Die diesbezügliche Rechtslage muss geändert werden, und die Änderung kann nur durch eine deutliche rot-rot-grüne Mehrheit im deutschen Bundestag herbeigeführt werden. Dieser Kampf gegen rechts muss sofort, nicht erst mit Koalitionsgründung beginnen, damit Demokraten unseres Landes wieder hoffen und aktiv an der Gesundung unserer Gesellschaft mitwirken können, denn die rechten Kräfte werden keine Möglichkeit versäumen, diese Gründung zu verhindern und der Demokratie Schaden zuzufügen.

Nein, Rot-Rot-Grün ist nicht tot. Diese Idee kann nicht tot sein, solange es auf Länderebene stabil funktionierende Koalitionen gibt und solange an der Basis der betreffenden Parteien Mitglieder und auch Unterstützer für einen Politikwechsel in Deutschland eintreten. Wer Rot-Rot-Grün tot redet, schadet allen drei Parteien und schadet vor allem den Bürgern unseres Landes. Wer auch immer ernsthaft an einem durchgreifenden Politikwechsel in Deutschland interessiert ist, kommt an einem Aktionsbündnis, an einer Rot-Rot-Grün-Koalition auf Bundesebene nicht vorbei. Das Projekt „Rot-Rot-Grün“ muss endlich wieder gesund gepflegt werden und wachsen und gedeihen!

An dieser Stelle sei eine Argumentation zu der Idee Sarah Wagenknechts und Oskar Lafontaines zur Gründung einer Sammlungsbewegung und nachfolgend die mögliche Gründung einer neuen deutschen Linken gestattet, einer Partei, die möglichst bis zu den nächsten Bundestagswahlen so erstarken soll, dass sie die absolute Mehrheit erringt und die Regierungsgeschäfte übernehmen kann. Ist eine solche Vision realistisch? Oder birgt die Idee nicht erhebliche Gefahren für die gesamte linke Bewegung in Deutschland in sich, mit der düsteren Aussicht, dass ein echter Politikwechsel in Deutschland für viele Jahre unmöglich wird? Woher sollen denn zum Beispiel die neuen Mitglieder kommen? Natürlich soll sie gebildet werden durch Austritte von SPD, Grünen und Linken, also einer Schwächung der anderen Parteien. Ähnlich gestaltet sich die Gewinnung der Wählerstimmen. Schon jetzt haben wir in Deutschland die Situation, dass keine einzige Partei mehr regieren kann, ohne eine Koalition eingehen zu müssen. Selbst eine Zweierkoalition kann nur mit Mühe die Mehrheit erreichen. Das haben wir z.B. dem Erscheinen der AfD auf der politischen Bühne zu verdanken. Jede weitere neue Partei muss zwangsläufig den Kampf um die Wählerstimmen verschärfen. In einem solchen Konzert schriller Dissonanzen wird es jeder neuen Partei sehr schwer fallen, sich zu konstituieren, ein Programm zu erstellen und die Bürger damit bekannt zu machen, Sympathisanten zu gewinnen usw. Wenn diese „Neue Deutsche Linke“ nach ihrer ersten Teilnahme an einer Bundestagswahl überhaupt die 5%-Hürde überspringen sollte, dann sicher nur geringfügig darüber und zugleich mit dem Debakel der Schwächung von SPD, Grünen und Linken!

Die Community „Linker Aufbruch“ wird solche Risiken keinesfalls eingehen. Im Gegenteil, jede der beteiligten Parteien SPD, Grüne und Linke behält ihre volle Eigenständigkeit. Ihre Mitglieder sollen sich im Sinne ihrer Ziele und Traditionen als Sozialdemokraten, Grüne und Linke fühlen und danach handeln können. Indem sich diese drei Parteien allerdings zu gemeinsamen Zielen für einen Politikwechsel bekennen, geben sie den Menschen in unserem Land eine realistische Perspektive, aus der für alle drei ein Zuwachs an Zuversicht, Vertrauen und Unterstützung erwächst. So wird aus einer unglückseligen Konkurrenz ein Miteinander, das allen Bürgern zugute kommt.

Angesichts der Tatsache, dass es in allen drei Parteien eine unerträgliche Zerstrittenheit im Führungsbereich gibt, dass der SPD-Bundesvorstand trotz starker linker Basis hauptsächlich konservativ orientiert ist, dass eine Reihe führender Grünen-Politiker verbürgerlicht sind und dass man die Linke ob ihres hohen Anteils von Intellektuellen oft als linke Salonpartei tituliert, geht „Linker Aufbruch“ den Weg über die Basis der drei Parteien. Allein die Basis einer Partei ist die Kraft, die mit Nachbarn, Verwandten, Freunden, im Arbeitsteam oder auch am Stammtisch die Ziele und die Politik einer Partei unter den Bürgern verbreitet und somit für eine gewisse linke

Grundstimmung sorgen kann. Bei sehr vielen Gesprächen wurde bestätigt, dass gegenwärtig der Wille und die Forderung für einen Politikwechsel hauptsächlich von der Basis getragen und verbreitet wird. Damit gibt es mittlerweile drei Sammlungsbewegungen für die Stärkung linker Politik in Deutschland. Ein weitere Zersplitterung ist aus dieser Tatsache nicht zu erwarten, wenn der Wille für Austausch und Zusammenarbeit vorhanden ist und ernst genommen wird. Es gibt eine Reihe von Mitgliedern, die in allen drei Bewegungen angemeldet und aktiv sind.

2. Grundsätze und Arbeitsweise der Community "Linker Aufbruch"

Erfreulicherweise ist die politische Heimat aller Freunde und Aktive der Community bunt gemischt. Darunter befinden sich gut verteilt Mitglieder bei "Die Linke", "SPD", "Bündnis 90/ Grüne", parteilose Unterstützer dieser Parteien und in geringer Zahl auch Mitglieder noch weiterer links orientierter Parteien. Die Anzahl politisch aktiver Menschen, die unsere Seite „Linker Aufbruch“ mit „gefällt mir“ gekennzeichnet haben und die ständigen Mitglieder der Gruppe steigen progressiv an. Welcher Anteil davon sich aktiv an der Diskussion im Sinne des Konzeptes beteiligt, hängt vom der Qualität der initialen Diskussionsthemen ab. Für die Gewinnung neuer Mitglieder wurden Regeln aufgestellt, die

- das Eindringen von Gegnern und Trollen weitestgehend verhindern,
- eingefleischte Parteibürokraten und verbissene Vertreter von Richtungskämpfen auf ein Minimum beschränken,
- möglichst vielen basisdemokratisch denkenden Menschen das Gefühl geben, eine Stimme zu haben und so neue Ideen und Vorschläge zu generieren,
- viele kluge Köpfe mit linker Grundeinstellung zu sammeln, die aufgrund eigener politischer Erfahrungen, philosophischer und sozialpsychologischer Kenntnisse in der Lage sind, neuen Ideen Profil und Gesicht zu geben.

Seit Gründung der Community habe ich viele Gespräche geführt, bei denen mir einhellig die Überzeugung vermittelt wurde, dass die Initiative für eine linkes Aktionsbündnis und damit die Möglichkeit einer R2G-Regierung zum überwiegenden Teil von der Basis der betreffenden Parteien ausgehen müsse.

Was muss sich in der Arbeit linker Parteien ändern und wie müssen die Beziehungen zwischen den Parteien - hauptsächlich an der Basis - aussehen, damit die erforderliche Kooperation zustande kommt?

- Jede Partei entwickelt sich unabhängig weiter: Mitgliedergewinnung, politische Schulung, Ideenkonferenzen, Niveau und Frequenzen der Öffentlichkeitsarbeit systematische Qualifizierung der Parteiprogramme, all das beeinflusst die öffentliche Wahrnehmung einer Partei und damit auch die Chancen bei Wahlen. Man beachte: Eine Partei würde sich auch ohne Konzepte entwickeln, dann aber in die falsche Richtung!
- Für die Mitgliedergewinnung sind vor allem wünschenswert
 - Junge Menschen* in der Ausbildung oder im Studium,
 - Arbeiter und Angestellte* mit Interesse und dem Willen für Veränderungen sowie Erfahrungen im Ehrenamt und
 - Wissenschaftlich ausgebildete Fachleute* aller Wissensgebiete mit der Befähigung, der Öffentlichkeitsarbeit um dem überparteilichen Disput das gewünschte Niveau zu geben.
- Die Mitglieder und Vorstände entwickeln ein freundliches Interesse für die Entwicklung der anderen Parteien; Erfahrungsaustausch bringt Verständnis für einander. Man sollte zuhören, andere Meinungen achten und respektieren.
- Polemik zwischen den Parteien sollte der Vergangenheit angehören.
- Gegenseitige Mitgliederwerbung muss unterbleiben.

3. Politische Reformansätze für ein Rot-Rot-Grünes Regierungsprojekt

Nachdem die neue Bundesregierung mit einer Koalition von CDU, CSU und SPD in Berlin ihre Arbeit aufgenommen hat, sollte wohl allen Wählern klar werden, dass alle Hoffnungen auf politische Änderungen in Deutschland zunichte sind und darüber hinaus nun die AfD ihre antidemokratischen und fremdenfeindlichen Hetzreden, zumeist knapp unter der juristischen Toleranzschwelle, auch im Bundestag vom Stapel lässt. Sowohl die Unionsparteien, als auch der in der Regierung nun wieder vertretene rechte Flügel der Sozialdemokratie hatten von Anfang an nicht die Absicht, einen Politikwechsel zu gestalten, und sie werden dies auch unter keinen Umständen zulassen und noch viel weniger selbst in die Hand nehmen. Die neue Regierungsrige, von den Wählern mit ungeheurer Macht ausgestattet, sieht sich wie eh und je als Interessenvertreter des Kapitals. So werden sie weiter Lobbyisten in ihre Büros einladen und deren Wünsche in neue Gesetze und Verordnungen gießen, auch wenn sie damit die schon seit Jahrzehnten herangewachsenen Disproportionen weiter verschlimmern und auch neue, weitaus größere Probleme hervorrufen. Sie wollen partout nicht zur Kenntnis nehmen, was sowohl hochrangige Wissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen, als auch einfache Menschen aus allen Bevölkerungsschichten spüren, feststellen und auch offen aussprechen. Die auf Maximalgewinne ausgerichtete kapitalistische Wirtschaftsordnung ist dabei, an ihre Grenzen zu gelangen, so wie die Gesellschaftssysteme überhaupt. So wie in den meisten Ländern der Welt ist auch und vor allem in Deutschland seit Jahren die kulturelle und mentale Verfasstheit ²⁾ völlig aus den Fugen geraten. Zum Teil diffuse Ängste und Sorgen treiben die Menschen vor allem aus den unteren, aber auch mittleren Einkommensgruppen um und lassen sie ihre gesellschaftliche Orientierung verlieren. Wie es scheint, haben die regierenden und wirtschaftsleitenden Eliten wenig oder kein Interesse, diese Zustände zu analysieren und noch weniger, sie zu bessern. Deutschland verfügt über ganz hervorragende wissenschaftliche Kapazitäten, tiefgründige Analysen vorzulegen und dazu passend Gesellschaftsmodelle für die zielgerichtete Weiterentwicklung der Gesellschaft auszuarbeiten. Als Beispiele seien hier die Institute für Sozialwissenschaften, der Orden Pour le mérite und die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina sowie die Stiftungen der beteiligten Parteien genannt. Stattdessen geht die Politik den verhängnisvollen Weg weiter, brav den Vorgaben der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ INSM und den mit Partei- und persönlichen Spenden befeuerten Wünschen der Lobbyisten zu folgen.

Aus den bisherigen Darstellungen sollte eines deutlich geworden sein: für den Fall, dass SPD, Grüne und Linke zur kommenden Bundestagswahl die Mehrheit erzielen und eine gemeinsame Regierungskoalition bilden, kommt auf das Regierungskabinett, die Ministerien, die Ausschüsse des Bundestages und auch alle anderen Gremien ein gewaltiges Arbeitspensum zu.

2) Gert Scobel „Weisheit – Über das, was uns fehlt“, 2008 Dumont Buch – Verlag, Köln

Zunächst sollten den Kommunen, Vereinen, den gemeinnützigen nichtstaatlichen Organisationen, allen Bürgern das Signal übermittelt werden, dass die Zeit gekommen ist für neues politisches Denken und Handeln. Trotz düsterster Prognosen seitens bürgerlicher bzw. rechter Parteien: Niemand braucht von der R2G-Regierung Nachteile zu befürchten: Arbeitnehmer nicht und ebenso wenig die Unternehmen. Statt Firmenabwanderung wird die Wirtschaft weiter prosperieren und statt Massenarbeitslosigkeit wird besonders die Langzeitarbeitslosigkeit deutlich sinken.

Damit der Rot-Rot-Grünen Koalition am Ende der Legislaturperiode eine erfolgreiche Tätigkeit in Interesse der gesamten Gesellschaft bescheinigt werden kann, sind umfangreiche Reformen und Gesetzesnovellen erforderlich. Bis zum Herausgabetermin dieses Konzepts lagen umfangreiche Erkenntnisse für erforderliche Reformen vor:

- ▶ **Parlamentarische Arbeit und demokratische Mitwirkung der Bürger** Die bisherige Praxis der Repräsentativen Parlamentarischen Demokratie muss dringend an die gewachsene Komplexität gesellschaftlicher Prozesse, die gewachsenen Fähigkeiten der Menschen zur Beurteilung der kulturellen und mentalen Verfassung der Gesellschaft angepasst werden. In der Bevölkerung keimt die akute Furcht, der Staat könnte zu schwach sein, herangewachsene Probleme zu bewältigen. Der Staat aber ist nur stark, wenn auch der einfache Mensch alles weiß oder kennt und alles beurteilen kann. Daher müssen die immer lauter werdenden Forderungen nach mehr Demokratie ohne weiteres Zögern erfüllt werden. Es ist unumgänglich, die Repräsentative Demokratie schrittweise durch eine Souveränitätsbezogene Demokratie abzulösen. Oberster Souverän ist nicht eine Minderheit von Repräsentanten, sondern wir, jeder einzelne Bürger unseres Landes und nur ihm kommen die letztendlich wichtigen Entscheidungen zu.
- ▶ **Der Rechtsstaat braucht neue Impulse** Jeder demokratisch gesinnte Mensch ist sich bewusst, es ist ein großes Privileg, in einem Rechtsstaat wie Deutschland leben zu können. Das wird um so deutlicher mit dem Wissen, über welche Hindernisse hinweg seit dem antinapoleonischen Befreiungskampf und der 1848- iger Revolution um Demokratie und Recht gerungen wurde. Bei dem erreichten Stand darf man aber nicht verharren. Weil sich die Gesellschaft ständig entwickelt, ändern sich naturgemäß auch das Grundgesetz, alle übrigen Gesetze und Verordnungen. Leider ist aus dem gesamten deutschen Rechtssystem mittlerweile ein riesengroßer Flickenteppich geworden, den Rechtswissenschaftler, Anwälte, Richter und auch Parlamentsabgeordnete nicht einmal ansatzweise überblicken können. Das hat Konsequenzen für die juristische Praxis, von denen hier nur einige genannt werden sollen: sich teilweise widersprechende Rechtsvorschriften, Überlastung der Gerichte, lange Fristen für Verhandlungstermine, hohe Gerichtskosten, eingeschränkte Klagemöglichkeiten für Bürger in prekären Verhältnissen, eine verständliche Scheu der Bürger vor Klagen gegen Konzerne, z.Teil mangelhafte oder fehlende Ausbildung bei Gutachtern usw. Das alles sind Probleme, die das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat untergraben, die aber Regierung und Parlament keinesfalls innerhalb einer Legislaturperiode beheben können. Es müsste aber dringend damit begonnen werden, damit Deutschland ein konsistentes Rechtssystem bekommt.
- ▶ **Gemeinsam mit Bürgern und der Wissenschaft die Zukunft gestalten** Zukunftsfragen liegen nicht in der ausschließlichen Kompetenz von Experten. Die politisch bisher gewollte

Unmündigkeit der Bürger in sozialen, ökonomischen und politischen Fragen muss ein Ende haben. Bürger müssen vielmehr gefragt und sowohl in Entscheidungsprozesse, wie auch in die praktische Umsetzung einbezogen werden. Anfragen und Vorschläge der Bürger müssen nicht nur gelesen bzw. erhört, sondern auch sorgfältig beantwortet werden. Die aktive Einbeziehung der Bürger fördert deren Politikinteresse und ist ein gutes Mittel gegen rechtsradikale Tendenzen. Die Arbeit der Petitionsausschüsse ist grundsätzlich zu überdenken. Dazu gehört, die Petitionsausschüsse mit Kontrollrechten auszustatten. Ähnlich wie die Bürger im allgemeinen, werden Wissenschaftler und wissenschaftliche Gremien von Politikern häufig mit geringschätzigen Statements bedacht mit dem Ergebnis, dass deren Wille zur Mitarbeit und vor allem zu vorausschauender konzeptioneller Arbeit beeinträchtigt wird. Die größte Ehre, die einem Wissenschaftler zuteil werden kann, ist seine Einbeziehung in die brennendsten Fragen unserer gesellschaftlichen Entwicklung.

▶ **Ökonomie und das Gemeinwohl** Der Kapitalismus, wie von Karl Marx vor 170 Jahren analysiert, hat sich möglicherweise endgültig überlebt. Konkurrenz und Profitmaximierung sind schon lange nicht mehr die Triebkräfte, sondern hemmen die weitere Entwicklung der Gesellschaft. Besonders die unbarmherzige Jagd nach maximalen Spekulationsgewinnen steht dem Gemeinwohl diametral entgegen, denn während Realwirtschaft und friedlicher Handel stagnieren oder gar schrumpfen, steigen auf maßlose Weise ungedeckte finanzielle „Vermögenswerte“ und stellen so eine unberechenbare Gefahr für die gesamte Weltwirtschaft dar. Das Gemeinwesen wird ausgeplündert und verarmt, immer mehr Einrichtungen der Daseinsfürsorge fallen in die Hände raffgieriger „Investoren“ und monopolisierter Konzerne, zum Schaden urbaner Räume und ländlicher Gebiete. Es ist höchste Zeit, die „Ökonomie“ der Konkurrenz und der Profitmaximierung zu ersetzen durch eine Gemeinwohlökonomie im ursprünglichen Sinne, Bewertungskriterien für wirtschaftliche Tätigkeiten müssen sein: Kooperation, Zusammenleben, Kultur, Gesundheit, Kindeswohl, Altenbetreuung, Erfahrungen, Bildung, Freizeit, Natur/Ökosysteme, Qualität, Wissenschaftlicher Fortschritt, Kommunalvermögen. Eigentum an natürlichen Ressourcen muss abgeschafft, dafür Nutzungsrechte vergeben werden. Perfide Auswüchse kapitalistischen Handelns wie z.B. Patente auf lebende Pflanzen oder die menschliche DNA sind zu verbieten.

▶ **Gesellschaft und die digitale Revolution** Die Zukunft beginnt nicht irgendwann später, sie ist schon geraume Zeit in vollem Gange. Im Bereich Künstliche Intelligenz wird schon seit mehr als zwei Jahrzehnten geforscht, digitale Schaltkreise bzw. Minicomputer begegnen uns zuhauf in Haushaltsgeräten, Kommunikations- und der Medientechnik, in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Krankenhaus und wo wir uns auch sonst bewegen. Autonom fahrende Verkehrsmittel werden schon bald allgemein zugelassen. Besonders einschneidend werden die Veränderungen in der materiellen Produktion sein, denn viele der bisher aus technischen oder ökonomischen Gründen als nicht automatisierbar geltende Produktionsschritte werden in Kürze schon mittels Mikrocomputern automatisch ablaufen, mittlerweile bekannt unter „Industrie 4.0“. Wie schon so oft in der Geschichte werden erneut massenweise Arbeitskräfte freigesetzt, die nach bisherigen Prognosen nur zum Teil wieder in Arbeit kommen könnten. Spätestens damit ist „HartzIV“ nicht mehr haltbar und ein Bedingungsloses Grundeinkommen unumgänglich. Hemmnisse für eine zügige Umsetzung

der Digitalisierung ergeben sich u.a. aus dem sehr schleppenden Netzausbau (Kabel und Mobilfunk) Falls bis 2021 nicht geschehen, muss R2G diesen Teil der Technischen Infrastruktur in die staatliche Verantwortung übergeben. Die Internetseite <http://allestörungen.de> zeigt eindrucksvoll die Störanfälligkeit deutscher Netze.

- ▶ **Unsere Bürger brauchen Sicherheit** *Äußere Sicherheit* entsteht nicht durch Hochrüstung. Deutschland muss sich aktiv am Kampf für den Weltfrieden beteiligen. Weltfrieden beginnt im Schulunterricht: Gleichheit aller Völker und Rassen muss zum selbstverständlichen Unterrichtsbestandteil in Geografie, Ethik, Religion und auch der Biologie des Menschen sein; Um die Sicherheit im Bezug auf äußere Bedrohungen zu gewährleisten, müssen Waffenexporte drastisch eingeschränkt und scharf kontrolliert werden, vertrauensbildende Maßnahmen eingeleitet, Auslandseinsätze der Bundeswehr umgehend beendet und Personalstärke sowie Bewaffnung der Bundeswehr für alle Bürger nachvollziehbar auf die tatsächliche Bedrohung reduziert werden. Atomwaffen müssen endlich von deutschem und europäischem Boden dauerhaft entfernt werden. Deutschland muss zu einem neutralen und verlässlichen Vermittler für Konflikte werden, statt sich selbst daran militärisch zu beteiligen. Besonders mit Russland sind Verhandlungen für gegenseitige Sicherheitsgarantien erforderlich als unabdingbare Voraussetzung für den Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und touristischen Beziehungen. Im Interesse der *inneren Sicherheit* müssen Personaleinsparungen und Schließung lokaler Polizeiposten rückgängig zu gemacht und die Ausrüstungen sowie Rechtskenntnisse der Beamten stets auf modernstem Stand gehalten werden. Ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Polizei bildet die beste Voraussetzung für stabil geringe Kriminalitätsraten in menschlichen Wohnsiedlungen. Dem Rechtsbewusstsein der Bevölkerung muss wesentlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es dient wesentlich zur Gewalt-, Betrugs-, Brand- und Verkehrsunfallprävention ist ebenso wichtig wie Stärkung von Zivilcourage. Wünschenswert ist, dass sich die öffentlich-rechtlichen Medien aktiv mit Informations- und Schulungssendungen an diesem Prozess beteiligen.
- ▶ **Unsere Menschen brauchen eine lebenswerte Umwelt** Die Leugner des Klimawandels mögen noch so viele Scheingutachten in Auftrag geben und noch so viel Lobbyarbeit in den Parlamenten leisten, der Klimawandel ist in keinem Lebensbereich mehr zu übersehen. Um den CO₂ – Ausstoß und anderer Schadstoffe wirksam zu verringern und zugleich die Landschaft, Wälder, Landwirtschaft, Flussauen und auch die Lebensumwelt der Menschen in Städten und ländlichen Gebieten wirksam zu schützen, sind umfangreiche Maßnahmen erforderlich. Dazu gehören der Stopp der Kohletagebaue, die dringende Überprüfung und notfalls Stopp der Südlink-Trasse, beschleunigte Substitution der Verbrennungsantriebe in Kraftfahrzeugen, Betriebsverbote in der Massentierhaltung ab einer festzulegenden Maximalgröße, generelles Verbot insektenschädlicher Pestizide, exzessive Förderung ökologischen Landbaues. Nachhaltigkeit darf nicht die Ausnahme, sondern muss die alles umfassende Norm sein.
- ▶ **Deutschland wird ein Sozialstaat** Alle Einrichtungen der Daseinsfürsorge, die in den vergangenen Jahren privatisiert wurden, werden in staatliche und kommunale Verwaltung zurückgeführt, damit der Staat seiner verfassungsmäßigen Verantwortung gerecht werden

kann. Schwerpunkte linker Politik müssen ganz besonders sein: Dynamischer Mindestlohn, Aufdeckung von Lohndumping in jeglicher Form, Verbot sachgrundloser Befristung, Einbeziehung der Solo-Selbstständigen in die Arbeitslosen-, Gesundheits-, Renten- und Pflegeversicherung, Beitragspflicht für die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung in die Deutsche Rentenversicherung, Verhinderung von Lohnraub durch Über- und Mehrstunden, Anerkennung von Pflege und Erziehungsarbeit, Förderung Schutz gewerkschaftlicher Betätigung.

- ▶ **Wir und die Völker der Welt** Der aus der Mode gekommene Begriff der „Völkerfreundschaft“ muss wieder selbstverständlich sein, die Ausbeutung anderer Völker, vor allem der Dritten Welt muss endlich durch ehrliche Entwicklungshilfe ersetzt werden. Jegliche Hassreden gegen andere Völker gehören unter Strafe. Die Deutsche Bevölkerung muss mehr über Kultur anderer Völker erfahren. Wichtige Formen sind Kulturaustausch, Schüler-, Studierenden- und Wissenschaftler austausch.
- ▶ **Nur ein gebildetes Volk ist ein glückliches Volk** Bildung beginnt im Kindergarten. Die Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsarbeit der besten Kindergärten Deutschlands muss zur Norm werden für alle Kindergärten des Landes. Die Fürsorglichkeit und Zuwendung muss sich in der Schule fortsetzen. Förderung aller Kinder unabhängig vom sozialen Status der Eltern ist die Grundbedingung für einen Bildungsaufschwung in Deutschland. In allen Schulen muss Lernmittelfreiheit gewährleistet werden. Die Unterschiede zwischen den Lehrplänen der einzelnen Bundesländer müssen aufgehoben werden, ebenso die unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe. Hohe Anforderungen an Schüler sind gut, erfordern aber ein höheres methodisch-didaktisches Können der Lehrer. Maßstab sind auch hier die besten Schulen des Landes; Längeres gemeinsames Lernen wirkt sich positiv auf die soziale Kompetenz aller Schüler aus. Die Anzahl der Empfehlungen für das Gymnasium muss dem realen Bedarf an Studierenden angepasst sein. Lobbyismus gegenüber Lehrern und Schülern muss strikt unterbunden werden.
- ▶ **Freihandel** Freihandelsabkommen mit Staaten aller Welt dienen der friedlichen Zusammenarbeit, Spezialisierung und Kooperation. Sie sollen nach den Prinzipien der Transparenz, gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Nutzen abgeschlossen werden. Vertragsinhalte, die sich gegen soziale und demokratische Rechte, gegen Arbeits- und Gesundheitsschutz und gegen Umweltstandards richten können, sind unzulässig. Geheimabkommen sind aufzulösen.

4. Die nächsten Aufgaben

Nach Veröffentlichung dieses Konzepts verändern sich das Design und die Art der Posts auf der Seite "Linker Aufbruch"-Gruppe. Die Posts in der bisher praktizierten sporadischen Art sollten auf geeignete Weise auf ein Minimum beschränkt werden. Insbesondere unkommentiert geteilte Links überfluten die Seite und behindern damit die Diskussion. Dafür erscheinen neu Tages- oder

Wochenthemen, die sich an aktuellen politischen Ereignissen orientieren. Solche Ereignisse können sein

- Globale Vorgänge, die auf die deutsche Innen- und Außenpolitik Einfluss haben oder im engen Zusammenhang mit Handlungen der Deutschen Regierung, deutscher Unternehmen oder auch deutscher Parteien und Organisationen stehen und Reaktionen linker Parteien und Organisationen in Deutschland erfordern.

- Innenpolitische Vorgänge, wie z.B. Entscheidungen und Gesetzesvorlagen der Regierungskoalition, die sich anscheinend oder offensichtlich gegen Arbeitnehmerrechte, Bürgerrechte, Mieterrechte, gegen die Menschlichkeit, gegen den Frieden, gegen die Demokratie, Gegen das Grundgesetz und gegen die Energiewende und die Umwelt sowie auf andere Weise gegen den Wählerwillen richten.

Die Themen können initiiert werden durch Administratoren, Moderatoren und jedes einzelne Mitglied der "Linker Aufbruch"-Gruppe. Die Themen können in freier Formulierung oder in Form einer Umfrage eingestellt werden. Die Themen werden bis zur vollständigen Behandlung und internen Auswertung fixiert und bleiben damit eine gewisse Zeit sichtbar. Auswerteschwerpunkte ergeben sich aus dem Grundgesetz, dem Wählerwillen, Parteiprogrammen beteiligter linker Parteien, UNO-Beschlüssen, bekannten Petitionen und Forderungen Nichtstaatlicher Organisationen und Protestbewegungen. Die Auswertung wird erforderlichenfalls dokumentiert und an die beteiligten Parteien oder Organisationen weitergeleitet.

Zuvor muss jedoch noch das Administratoren- und Moderatorenteam aufgebaut werden, das gegenwärtig nur aus zwei Administratoren besteht. Insgesamt werden für den Anfang mindestens noch zwei Administratoren und drei Moderatoren benötigt. Jedes *aktive* Mitglied der Gruppe kann sich selbst dafür bewerben. Die Administratoren können jedoch auch einzelne Gruppenmitglieder auf die freiwillige Mitarbeit ansprechen. Die Entscheidung trifft in jedem Fall das Administratorenteam.

Herbert Schwarz
09.06.18